



Antrag

der Abgeordneten **Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof, Judith Gerlach, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Michaela Kaniber, Martin Neumeyer, Dr. Hans Reichhart, Steffen Vogel CSU**

Schnelle Aufklärung über freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die bekanntgewordenen Vorkommnisse in den stationären Einrichtungen für Kinder mit Behinderung zu berichten, evtl. bereits vorliegende Berichte von Überprüfungen darzulegen und mitzuteilen, welche Konsequenzen hierzu erforderlich sind. Gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen sind im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel und Stellen umzusetzen.

Begründung:

Nach Bekanntwerden von Einzelfällen schwerwiegender freiheitsbeschränkender Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in stationären Einrichtungen ist eine schnelle und vollumfassende Aufklärung notwendig. Freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen bedürfen nach einem Beschluss des Bundesgerichtshofs nicht mehr einer richterlichen Genehmigung, sondern es reicht die Zustimmung der Sorgeberechtigten. Daher ist ein Bericht der Staatsregierung notwendig. Nur durch eine umfassende und schnelle Aufklärung können ggf. notwendige Konsequenzen gezogen werden.